

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Gesamtpreis inkl. Sahow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
postzeitungsliste Nr. 3164

## Gewerbliche Frauenarbeit während und nach dem Kriege.

III.

(Schluß.)

Statten wir im zweiten Artikel vornehmlich die Schattenseiten der vermehrten gewerblichen Frauenarbeit aufzuweisen, so halten wir uns dennoch für verpflichtet, auch jetzt noch mit allem Nachdruck zu betonen, daß dieser Zustand nach menschlichem Ermessen nicht mit Kriegsabschluß zu Ende sein wird.

Nichts ist verheßlicher in dieser harten Zeit, als Illusionen (d. h. eingebildeten Annehmlichkeiten) nachzuhängen. Wir müßten den einmal klar erkannten Entwicklungswahrscheinlichkeiten mutig ins Antlitz schauen, mag's auch schwer fallen!

An der materialreichen und lebenswerten Schrift „Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit“ sagt Luise Zieck hierzu:

„Danach scheint mir die Frauenerwerbsarbeit mindestens in ihrem gegenwärtigen Umfang, auch nach dem Kriege notwendig zu sein, allein schon im Hinblick auf den Arbeitsprozeß.“ Und an anderer Stelle: „Die Frau ist heute im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß unentbehrlicher denn je zuvor.“

Man braucht nur an zwei unbestreitbare Tatsachen zu erinnern, um die Wichtigkeit dieser Auffassung bestätigt zu finden. Einmal fehlen uns bei Friedensschluß mindestens eine Million schaffender Hände, die teils durch den Krieg dabingerafft sind, teils ihre Arbeitskraft völlig eingebüßt haben, gar nicht zu reden von den vielen Hunderttausenden, die nur noch beschränkt arbeitsfähig sein werden.

Zum andern ist es ganz unwahrscheinlich, daß wir die vor dem Kriege vorhandene Million ausländischer Arbeiter (es waren wohl fast 1½ Millionen in Landwirtschaft und Industrie tätig) wieder bekommen. Denn auch in Rußland, Polen, Oesterreich, Italien -- woher bislang diese Arbeitermassen kamen -- braucht man nach diesen furchtbaren Verlusten die Menschen nötiger denn je.

So wird sich zwar in den qualifizierten Berufen (d. h. in solchen, die längere Vorbildung erfordern) sowie in der Schwerindustrie und den stark gesundheitsgefährdenden Berufen ein rapider Rückgang der Frauenarbeit bemerkbar machen, aber -- gemessen an den Zeiten vor dem Kriege -- wird doch die ungemein vermehrte Frauenerwerbsarbeit bestehen bleiben.

Auch die privatwirtschaftliche Notwendigkeit der vermehrten Frauenarbeit ist nicht zu bezweifeln. Dafür bringt Luise Zieck eine Fülle von schlüssigen Beweisen. Die unzureichenden Kriegserrenten, die erheblich geminderte Vermögensfähigkeit, die Fortdauer der Kollage auf fast allen Gebieten zwingen die Mädchen und Frauen zur Erwerbsarbeit.

Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher. Sozialdemokrat. Frauenbibliothek IX. Von Luise Zieck. Berlin 1916. Buchhandlung Vorwärts. Preis 40 Pf.

„Mit der Beendigung des Krieges wird keineswegs die Teuerung überwunden sein. Sie wird fortauern, wenn auch die ärgsten Uebertenerungen und das Zurückhalten der Lebensmittel unmöglich wird, sobald die ausländische Konkurrenz wieder voll einsetzt. Soweit jedoch die Teuerung der bontigen Eigentumsordnung und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entspringt, soweit die durch den Krieg stark gesteigerte ländliche Bodenrente und die Entwertung des Geldes auf sie wirkt, wird sie bleiben.“

Mit der Beendigung des Krieges fallen die höheren Löhne in der Agrarindustrie fort. In der übrigen Industrie, im Handel, im Verkehr, in der Landwirtschaft sind selten höhere Löhne gezahlt, mindestens keine, die der verminderten Kaufkraft des Geldes entsprechen. Meistens ist nur eine Teuerungszulage gewährt worden.“

Inwieweit das „Erwachen des Persönlichkeitsbewußtseins“ die Frauen zum eigenen Erwerb treibt (wie L. Zieck S. 14 behauptet), ist freilich eine andere Frage. Uns dünkt, der Hausfrauen- und Mutterberuf bietet unvergleichlich mehr Möglichkeiten zur Entfaltung der Persönlichkeit als der bestbezahlte Frauenberuf. Es fragt sich nur, wie die zwingenden materiellen Nöte anders überwunden werden können, und da sehen wir ebenjowenig einen anderen Weg.

Und warum muß die gesamte Arbeiterkass -- also auch die Männer -- mit der vermehrten Frauenerwerbsarbeit als dauernde Tatsache rechnen. Es darf mithin -- wie Luise Zieck richtig betont -- im harten Ringen der Arbeiter um Verbesserung ihres Lebensstandes der Erfolg nicht in Frage gestellt werden durch einen Kampf der Geschlechter untereinander.

Bei alledem wird es Reibungen genug geben über das einzelne Arbeitsgebiet usw., weil das Unternehmertum den Lohn der Arbeiterinnen so niedrig wie möglich hält und bei der bislang fehlenden Organisation größerer Massen der Arbeiterinnen ein entsprechender Gegendruck nicht möglich war.

Hier muß vor allen Dingen eingesehen werden. Die gewerkschaftliche Verbearbeit unter den Arbeiterinnen ist unsere stärkste Hoffnung für die Zukunft.

Zollen unsere über die bisherigen 20 Kriegsmonate so tapfer sich haltenden freien Gewerkschaften nach dem Kriege mit ganzen Kräften einsetzen und dem organisierten Kapital die Spitze bieten, so geht das nicht ohne eine erheblich verstärkte Zahl organisierter Arbeiterinnen.

Dabei soll nicht geleugnet werden, daß all die besondern Hemmnisse, die der Frauenorganisation im Wege standen vor dem Kriege, auch nach dem Kriege noch da sein werden.

Hoffnungsvolligkeit auf Ehe ohne Berufsarbeit oder doch Berufswechsel (Heimarbeit), fehlende

Sehnsucht und Mangel an energischem Willen. Die gegebenen Arbeitsverhältnisse zu verbessern durch eigene Arbeit, finden sich heute noch so zahlreich unter den Arbeiterinnen, daß es ganz anderer, stärkerer Mittel der Aufklärung bedarf, um an die einzelnen heranzukommen.

Dazu sind in den letzten Monaten erfreuliche und vielverheißende Ansätze gemacht worden.

Vor allem ist die Schaffung der „Gewerkschaftlichen Frauensektion“ von diesem Gesichtspunkt aus zu begrüßen. Wenn sie während und nach dem Kriege aus dem Stadium des u. G. recht verheißungsvollen Experiments in eine planmäßige Arbeit mit festumrissenen Aufgaben gelangt, so kann der tiefer nachwirkende Erfolg nicht ausbleiben.

Nürzlich fand in Frankfurt a. Main eine vom Gewerkschaftskartell und der Partei gemeinsam einberufene öffentliche Frauenerwerbsberatung statt, in welcher u. a. Genossin Gertrud Hanna über die Frauennarbeit referierte. Es wurde einstimmig folgende programmatische Entschluß gefaßt:

„Die Frauenerwerbsarbeit ist eine Folge der modernen industriellen Entwicklung.

Der Krieg mit seinem starken Verbrauch an Männern hat eine besondere Zunahme der Frauenerwerbsarbeit gebracht.

Die Arbeiterpartei hat dafür zu sorgen, daß diese Zunahme als Kraft für den kulturellen Fortschritt der Arbeiterklasse wirkt. Dazu erklärt die Veranlassung für notwendig:

1. Einrichtungen zur Berufsberatung und Berufsausbildung der Frauen und Mädchen;
2. Stärkung des Pflichtbewußtseins der Frauen für den Zeitpunkt zur gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation;
3. ausgiebigen gesetzlichen Arbeitsschutz, auch in der Hausindustrie; Einrichtung und Ausgestaltung von Fachschulen und Lehrlingsstellen;
4. Ausdehnung der gewerkschaftlichen Tarifverträge auf die Frauenerwerbsarbeit, Einführung dieser Tarife bei allen bestehenden Arbeitsverträgen und scharfe Kontrolle der Durchführung der Tarife.

Auf Grund ihres starken Anteils an der Beschäftigung des gesamten Volkes erheben die Frauen den Anspruch auf politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den Männern, insbesondere auf gleichen Lohn und gleiches Wahlrecht.

Es wäre zu wünschen, daß die in der Presse gegenwärtig sehr mannigfaltig und reger erörterte Frage der Frauenerwerbsarbeit nicht nur so starkes vorübergehendes Interesse findet, sondern daß vor allen Dingen alle Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern jetzt

eine besondere Werbetätigkeit auf örtlicher Basis entfalten.

Auf kleineren Orten sollten die Gewerkschaftskartelle die Agitation in die Hand nehmen.

Wir wissen aus unserer eigenen Organisation (z. B. Berliner Pflegepersonal), daß diese Zeit sehr wohl geeignet ist, günstige Resultate zu erzielen, wenn es richtig angepaßt wird.

Und alle, die uns erwidern werden, es sei jetzt nicht einmal möglich, nennenswerte Erfolge bei den Männern zu erreichen, geschweige bei den Frauen, sind freundlichst gebeten, uns einen anderen Weg aus den sich täglich steigenden Schwierigkeiten zu weisen.

**Es gibt keine!**

Wir können nicht warten, bis die Reorganisierung und Umgruppierung der Industrien erfolgt ist. Denn dann drängen tausend neue Dinge!

Jetzt ist die Zeit und die Möglichkeit dafür. Und wenn schon Zeit ist zu der mehr negativen „Tätigkeit“, sich in hitzige Debatten über das Für und Wider der Kreditskredite zu ergehen, so muß sie um so mehr dafür vorhanden sein, unsere Lebensinteressen an einem so wichtigen Punkt wahrzunehmen. Denn darum handelt es sich.

Es will uns auch bedünken, als würde nicht an allen Stellen der Arbeiterbewegung den Frauen die Bahn genügend frei gemacht für die selbständige Tätigkeit besonders geeigneter weiblicher Persönlichkeiten. Die Generalkommission ist bei Schaffung des selbständigen Arbeiterinnensekretariats mit gutem Beispiel vorgegangen, das leider nur in wenig Gewerkschaften bislang Nachahmung gefunden hat.

So wenig wir nun des Glaubens sind, daß unter allen Umständen nur die Frau weiß, was zweckmäßig für die Reorganisierung der Arbeiterinnen ist, so sehr sind wir doch überzeugt, eine regere Anteilnahme geeigneter weiblicher Persönlichkeiten an den entscheidenden Vorarbeiten zur Werbearbeit kann das bisherige (wenig befriedigende) Resultat entschieden verbessern und den Erfolg günstig beeinflussen.

**Es ist nicht die Sache der Arbeiterinnen allein, um die es sich dabei handelt, sondern die Sache der gesamten deutschen Arbeiterklasse!**

## Die Steuerzuschläge für hamburgische Staatsangestellte.

Wie den Lesern der „Gewerkschaft“ bekannt ist, hat die Hamburger Verwaltungsstelle unseres Verbandes letzters wieder eine weitere Verbesserung der für Arbeiter und Beamte des hamburgischen Staates festgesetzten Steuerzuschläge gefordert. Die Arbeiterausschüsse beantragten, die Steuerzuschläge von 60 Pf. täglich oder 3,00 Mk. wöchentlich oder 15 Mk. monatlich auf 1 Mk. täglich oder 6 Mk. wöchentlich oder 24 Mk. monatlich zu erhöhen und sie grundsätzlich bis zu einem Lohnverdienst von 2500 Mk. zu gewähren. Anfangs Januar 1916 wurden diese Anträge gestellt, und als im März noch keine entscheidende Antwort darüber bekannt war, verlangte unsere Mitgliederversammlung durch eine an den Senat gerichtete Resolution, der zufolge auch die Oberämter der Arbeiterausschüsse eine ihr entsprechende Eingabe an die Senatskommission für Staatsverwaltungsangelegenheiten einreichen, beschleunigte Bearbeitung der Anträge.

Unterdessen wurde auch in der Hamburger Bürgererschaft eine Erweiterung der Steuerzuschläge gewünscht. In der Sitzung am 9. Dezember 1916 wurde beschlossen:

„Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die bisherige Kriegsteuerzuschläge an Beamte und Angestellte einer Nachprüfung namentlich dahin zu unterziehen, ob es sich empfiehlt, diese Zuschläge ihrer Höhe nach vermindern zu gestalten, je nachdem unverheiratete Personen, verheiratete ohne Kinder, verheiratete mit einem Kinde oder mit mehreren Kindern in Betracht kommen, weiter auch zu erwägen, ob diese Zuschläge bis zu einer höheren Einkommensgrenze als bisher zu gewähren ist, der Bürgererschaft nach dem Ergebnis einer Nachprüfung über das Ergebnis dieser Nachprüfung zu zeigen zu legen.“

Dieser Bürgererschaftsbeschuß war für uns insofern eine Unterstützung nach Aufhebung der Steuerzuschläge, als er eine Erweiterung der Zuschläge über die Lohngrenze von 2000 Mk. hinaus und baldmöglichste Minderhering, also zunächst schnellste Erledigung der Angelegenheit wünschte. Im übrigen aber erregte der Bürgererschaftsbeschuß, sowohl seinem Inhalt als der Form nach, befremdliche Verwunderung bei der Staatsarbeitererschaft. Man beachte, die Bürgererschaft erwachte nicht um eine Erhöhung der bisherigen Zulage, sondern darum, nach zu prüfen, ob es sich empfiehlt, die bisherige Zulage neu zu gestalten, und zwar wünschlich entsprechend der Minderzahl der betreffenden Arbeiter und Angestellten. Bisher wurde nun schon ein Unterschied zwischen Unverheirateten und Verheirateten gemacht. Die erheben besonnen nur die Höhe der Zulage. Dem Bürgererschaftsbeschuß nach sollten nun auch noch weitere und sogar mehrfache Unterschiede eintreten nämlich die Zulage von 1,00 Mk. für Unverheiratete und 3,00 Mk. wöchentlich für Verheiratete noch durch Einziehung sonstiger Familienstandsunterschiede weit mehr vermindern verteilt festgesetzt werden. Wäre einem Teil der Zulagenempfänger, die keine Kinder haben, einen Teil der Zulage nehmen und dieses Geld dann den verheirateten mit mehreren Kindern geben und nicht anders löst sich der Bürgererschaftsbeschuß lösen. Bemerkung hat aber dies die organisierten Staatsarbeiter nicht. Sie hielten sich vermindert, daß keinem unter ihnen etwas von seiner Zulage genommen werden könne.

Am 20. März hat nun der Senat einen wie folgt lautenden Beschuß zur Steuerzuschläge gefaßt:

Der Senat eröffnet den Behörden in Abänderung des Beschlusses vom 26. Januar 1916, daß die Bestimmungen über die Gewährung einer Beihilfe zur Verringerung des Unterhalts (Kriegsbeihilfe an Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates (Senatsbeschlüsse vom 28. April und 29. Oktober 1915) erweitert werden wie folgt:

Die Höchstgrenze, bis zu welcher die Kriegsbeihilfe zu gewähren ist, wird für solche Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche im eigenen Haushalt Familienangehörigen Wohnung und Unterhalt gewähren, bei Tagelöhnern auf 8 Mk. für den Tag, bei Wochenlöhnern auf 48 Mk. für die Woche, bei Monatslöhnern auf 208,33 Mk. für den Monat, bei Beamten und Jahreslöhnern auf 2500 Mk. für das Jahr erhöht.

Wer ein oder mehrere Kinder unter 15 Jahren zu unterhalten hat, bekommt zu dem Grundbetrage der Kriegsbeihilfe einen Zuschlag. Der Zuschlag beträgt monatlich 5 Mk., wenn 1 oder 2 Kinder, 10 Mk., wenn 3 oder 4 Kinder, 15 Mk., wenn 5 oder 6 Kinder, und 20 Mk., wenn mehr als 6 Kinder unter 15 Jahren zu unterhalten sind. Die Bezüge dürfen auch mit dem Zuschlag die oben bezeichneten Höchstgrenzen nicht überschreiten. Der Zuschlag wird nur für volle Monate gewährt. Neu hinzukommende Kinder werden bei der Festsetzung des Zuschlages schon für den Geburtsmonat mitgezählt, im übrigen werden Veränderungen in den für die Gewährung oder Vermehrung des Zuschlages maßgeblichen Umständen erst für den folgenden Monat berücksichtigt.

Diese Bestimmungen treten mit Wirkung vom 1. April 1916 in Kraft und gelten vorläufig bis zum 30. Juni 1916. Die bisherigen Empfänger der Kriegsbeihilfe erhalten, soweit die bisher geltende Höchstgrenze es zuläßt, den Kinderzuschlag schon für den Monat März.

Falls Beamten, Angestellten oder Arbeitern auf Grund der Senatsbeschlüsse vom 18. Oktober 1911 oder 19. November 1915 bereits besondere Unterstützungen bewilligt sind, ist in eine Nachprüfung darüber einzutreten, inwieweit der noch nicht gezahlte Betrag solcher Unterstützungen etwa auf die infolge dieser Neuregelung der Kriegsbeihilfe gewährten Mehrbeträge anzurechnen ist.

Hiernach bleibt die bisherige Zulage ihren Beträgen an sich nach unverändert, wird jetzt aber bis zu einem Lohnneinkommen von 48 Mk. wöchentlich oder 2000 Mk. jährlich gewährt. Neu ist die Kinderzulage; sie wird neben der bisherigen, als Grundbetrag oder allgemeine Beihilfe angesehenen Zulage gegeben und gleichfalls bis zu einem Lohnneinkommen von 2000 Mk. jährlich.

Die neuen Bestimmungen sind von den Staatsarbeitern nicht mit ungelöster Zufriedenheit und Freude aufgenommen worden. Letzte Zustimmung findet die Erweiterung der allgemeinen Zulage, daß sie also bis zu 2000 Mk. Jahreslohn gewährt wird, weil hierdurch nun auch die Eisenarbeiter der Gasanstalten, die Vorarbeiter der Straßenreinigung, ferner auch viele Handwerker, die bisher die Zulage nicht empfangen, sie nunmehr bekommen sollen. Durch die Kinderzulage kommt derjenige auf eine Gesamtbeihilfe von etwa 1 Mk. täglich oder 6 Mk. wöchentlich oder 24 Mk. monatlich, welcher mindestens 3 oder mehr Kinder hat und sowohl die allgemeine Zulage wie die Kinderzulage vollen Umfangs empfängt; denn die allgemeine Zulage beträgt 60 Pf. täglich oder 360 Mk. wöchentlich oder 15 Mk. monatlich und die Kinderzulage beträgt bei 3 Kindern 10 Mk. monatlich; rechnen wir nun den Monat als viereindrittel Wochen, dann entfallen von der Kinderzulage in diesem Fall etwa 2,30 Mk. auf die Woche, 40 Pf. auf den Tag, und beträgt also die allgemeine Zulage und Kinderzulage zusammen für Monatslöhner 25 Mk., für Wochen- und Tagelöhner die Woche 360 Mk. und 2,30 Mk., mithin 5,90 Mk. Wer 5 Kinder hat, kommt durchschnittlich über 1 Mk. täglich oder 6 Mk. wöchentlich. In diesen Fällen ist nun unsere Forderung erfüllt: bei mehr als 5 Kindern sogar reichlich.

Unzufriedenheit besteht darüber, daß die neuen Bestimmungen nicht so geregelt sind, daß auch diejenigen bisherigen Zulagenempfänger, die keine Kinder unter 15 Jahren haben, eine höhere Beihilfe, nunmehr gleichgültig in welcher Form, bekommen. Wer bisher schon die allgemeine Zulage voll empfing, im eigenen Haushalt aber keine Kinder im Alter von unter 15 Jahren unterhält, wird durch die Neuregelung nicht weiter berücksichtigt. Hier, gewissermaßen also nach unten, hätte der Senat die Beihilfe gleichfalls erhöhen sollen.

Die Kinderzulage hätte auch für Kriegserfrauen entsprechend bewilligt werden müssen. Dies muß nachgeholt werden. Es liegt schon im Wesen der Sache an sich; denn wenn innerhalb der Lohnneinkommensgrenze von 48 Mk. wöchentlich oder 2000 Mk. jährlich eine besonders auf den Unterhalt für Kinder bestimmte Beihilfe zu gewähren ist, wie es hier nur geschieht, dann kann diese Notwendigkeit auch nicht bestritten werden, soweit es sich um die Kinder der im Kriegsdienst stehenden Arbeiter und Angestellten im Lohnneinkommen von nicht mehr als 2000 Mk. jährlich handelt.

Vernünftig gehandelt ist es, daß die Zulagen einheitlich für Beamte, Angestellte und Arbeiter festgesetzt sind, daß in dieser Beziehung kein Unterschied konstruiert ist, weder sachlich noch formell. Soweit Beamte im Gehalte von 2000 Mk. bis 2500 Mk. jährlich stehen, sie deswegen bisher von der allgemeinen Teuerungszulage ausgeschlossen waren, sie diese nunmehr aber ohne weiteres empfangen, sind sie dadurch, daß sie nun mit den Arbeitern gemeinsam an der Teuerungszulage teilnehmen, auch grundgültig in eine günstigere Lage gekommen. Bisher konnte ihnen zwar auch schon eine Teuerungszulage bewilligt werden, aber diese wurde nun gegeben, wenn im Einzelfalle der Vortreffende darum hat und die zuständige Verwaltungsbehörde dann zu der Entscheidung kam, dem Vortrefflichen sei eine Beihilfe zu gewähren, weil seine Familienverhältnisse dies notwendig erscheinen ließen. Die Neuregelung der Teuerungszulage, insbesondere die Erweiterung der letzteren nach oben, ist wieder mal ein Beweis dafür, daß durch die Bestrebungen der Staatsarbeiter als Gewerkschaft auch die Interessen der Unterbeamten gefördert werden.

Die Staatsarbeiterschaft wird weiter als Organisation auf mögliche Verbesserung ihrer Lage hinwirken, was die Unorganisierten dazu veranlassen sollte, sich dem Verband anzuschließen, weil auch sie nur hierdurch selber gewinnen können.

## • Aus Politik und Volkswirtschaft •

### Politisches.

Eine Landeskonferenz der bayerischen Sozialdemokratie tagte am 9. April 1916 in Nürnberg. Es waren 101 Vertreter anwesend. Nach einem Referat des Genossen H. D. Müller München wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „In einer Zeit der größten Erbitterungen, die ein Volk nur je erlebt hat, machen unsere Parteigenossen schwere innere Kämpfe durch, wenn sie Entscheidungen zu treffen haben über den Weg, den die Partei einschlagen hat. Es ist natürlich, daß hierüber Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Diese Erbitterungen unserer Gefühls- und Gedankenwelt dürfen in dieser Zeit der Wirre nicht außer acht gelassen werden, wenn wir nicht auf eine abschüssige Bahn kommen wollen. Von unserer Reichstagsfraktion ist das leider nicht genügend beachtet worden, sie hat uns ein falsches Beispiel von Kameradschaft und einheitlichem Handeln gegeben. Nun werden Versuche gemacht, den Brand der Zwietracht auch in den Bau der sozialdemokratischen Organisation zu tragen und ihn zu schüren. Darum beauftragt die Landeskonferenz die verantwortlichen Stellen der bayerischen Partei, Vereins- und Gewerkschaften sowie den Landesvorstand, aufmerksam darüber zu wachen, daß in Bayern etwaigen Versuchen, Sonderorganisationen zu schaffen, sofort und nachdrücklich entgegengetreten wird. Es ist die Pflicht der Parteipresse, in diesem Geiste zu wirken. Jeder einzelne Genosse hat die Aufgabe, dementsprechend zu handeln. In der Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierziehung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei. Die Genossen, die hinausgegangen sind, um mit ihrem Mut die Sicherheit des Landes und ihrer Familien vor Gewalttat zu schützen, haben uns als kostbares Gut die Geschlossenheit der Arbeiterebewegung hinterlassen. Die Kultur und die soziale Zukunft hängen davon ab, wie die Organisation der Arbeiterschaft die schwere Zeit übersteht. Es gilt, den Anfängen der Zersplitterung zu wehren. Höher als alle Machtbarkeit muß die Einheit und Geschlossenheit der Partei stehen. Den Gegnern der Arbeiterklasse im Reich wie im Lande könnte nichts Erfreulicherer geboten werden, als die Sprengung oder Zersplitterung oder auch nur die weitere Untergrabung der bisherigen Einheit der Arbeiterschaft. Die Konferenz erhebt einen Ruf nach der Welt, der die Wiederkehr der schweren Zeiten, unter denen Europa zu verbluten droht, unmöglich macht. Nur dann hat dieser Wunsch Aussicht auf Erfüllung, wenn die Sozialdemokratie stark und mächtig ist und einheitlich ihren Willen zum Ausdruck bringt. Die Sozialdemokratie erhebt den Frieden zum Heile unseres Volkes im Streben nach baldiger Erfüllung der Forderungen des proletarischen. Wenn der Krieg sein Ende gefunden haben wird, wird sich die Hebermacht des Kapitalismus in nie gezeigter Schärfe zeigen und damit auch den freitenden Vätern die Notwendigkeit der Einigung in voller Klarheit erkennen lassen. Die Konferenz verpflichtet alle Parteigenossen und Genossinnen, tadelsam gegen andersdenkende Genossen und Genossinnen, unausgesetzt und eifervoll für die Stärkung unserer Organisation, für die Geschlossenheit unserer Reihen und gegen jeden Versuch der Gründung einer Sonderorganisation zu wirken.“ - Wir möchten nur wünschen, daß in dieser parteigenössischen Weise über alle Willen zur Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft zur Geltung kommt. Es wurde ferner eine Resolution gegen die Zukünfte auf dem Gebiete der Lebensmittelpreiserhöhung angenommen. Darauf wurden die harmonisch verlaufenden Verhandlungen geschlossen.



♦ Aus den Gemeinden ♦

Ueber die Rentabilität kommunaler Unternehmungen bringt die Zeitschrift des sächsischen Statistischen Landesamts interessante Untersuchungen. Diese erstrecken sich auf 162 politische Gemeinden und betreffen das Jahr 1910. Ohne die durchlaufenden Kosten stellen sich die Einnahmen und Ausgaben dieser Gemeinden demnach:

	Einnahmen in Millionen Mark	Ausgaben	Ueberschuß oder Defizit
Unternehmungen . . . . .	118,2	114,5	+ 3,7
Grundbesitz . . . . .	7,1	4,6	+ 2,5
Steuern . . . . .	41,6	—	+ 41,6
Schuldendienst . . . . .	3,6*	32,3	- 28,7
Ueberschuß . . . . .	223,0	211,0	+ 0,9

Von den Gesamteinnahmen der 162 Gemeinden deckten demnach die eigenen Unternehmungen 61,4 und die Steuern 16,3 Proz. Unter den eigenen Unternehmungen nebmen die Wasser-, die Gas- und die Elektrizitätswerke die erste Stelle ein. Ueber sie besagt die Statistik:

	Einnahmen in Millionen Mark	Ausgaben	Ueberschuß
Wasserwerke . . . . .	111	11,0	0,9
Elektrizitätswerke . . . . .	59	17,2	4,1
Gaswerke . . . . .	76	37,9	7,9

Die Gaswerke sind vorläufig also noch die ergiebigste Einnahmequelle der Gemeinden.

\* Zum Teil Ueberschüssen der städtischen Einnahmen für Anleihen, die für diese Zwecke aufgenommen wurden.

♦ Notizen für Gasarbeiter ♦

Die englische Arbeitszeit im Rürther Gaswerk. Wenn auch das Wort „englisch“ bei manchen Zeiten in der augenblicklichen Zeit verpönt ist, so wird man doch nicht darum binströmen, die sogenannte englische oder ungeteilte Arbeitszeit als Ideal und auch im Interesse der deutschen Arbeiterschaft hienzu zu bezeichnen. In Verbindung mit dem Arbeiterausschuß hat die Rürther Betriebsleitung des Gaswerks unter Zustimmung des Verwaltungsrats und des Magistrats beschlossen, ab 1. April auf Probe die durchgehende Arbeitszeit für die Tagarbeiter einzuführen. Also in Zukunft schaffen diese Personen im Sommer von morgens 6 bis nachmittags 3 Uhr (im Winter von 7 bis 1 Uhr) mit einer halbstündigen Mittagspause von 10½ bis 11 Uhr, die aber mit als Arbeitszeit gilt. Die Betriebsleitung wird sich außer Frage der betriebswirtschaftlichen Vorteile dieser Arbeitszeit bedacht sein, aber es ist nicht zu verkennen, daß diese auch auf Seiten der Arbeiter verbunden ist. Je weniger Zeit der Arbeiter am Betrieb gebunden ist und desto mehr Zeit er zwischen dem Aufbruch und der Heimkehr zur Erholung und zur Arbeit hat, je vertiefbarer ist es für ihn und seine Familie. Und er doch bei der neuen Arbeitszeit den Weg nur zweimal statt sonst viermal zurücklegen. Er ist nachmittags um 3 Uhr frei und kann sich dann seiner Familie und sonstigen sozialen und kulturellen Bedürfnissen widmen. Dem Arbeiter ist die Hauptfrage, recht viel zusammenhängende freie Zeit zu haben, weil ihm damit am besten abgeholfen ist. Hat er zum Beispiel einen kleinen Gewerbebetrieb, und in dieser schweren Zeit sollte jeder Arbeiter einen solchen haben, dann steht ihm auch in der Woche genügend Zeit, diesen zu bearbeiten, und er kann den ganzen Sonntag seiner arbeitsmäßigen Teilnahme, nämlich sich der Ruhe und Sammlung neuer Arbeitskraft, hingeben. Es kommen aber noch weitere erhebliche Vorteile für die Arbeiter, speziell in diesem Falle, hinzu: zwischen 10½ und 11 Uhr soll den Arbeitern ein gemeinschaftliches warmes Mittagessen zum Selbstkostenpreis verabreicht werden. Die Portion wird bei dieser Massenverteilung natürlich bedeutend billiger, als es der einzelne hier hätte zu bezahlen sein. Wenn auch ein Teil der Gaswerksarbeiter dieser neuen Arbeitszeit, wie überhaupt allem Neuen, noch zögernd gegenübersteht, so kann man doch, daß diese vorläufig provisorische Maßnahme eine gute Sache ist, mit der nicht nur die Betriebsleitung, sondern auch die Arbeiter gut fahren werden. Ja, es wäre nur zu wünschen, daß, wenn wirklich gute Verordnungen durch die Nachkommen finden mocht.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Krankenhausen am Mühlbäcker. Einmal haben auch die Krankenkassen in Anbetracht der Mühlbäcker Feuerungsfrage. Schon im Januar d. J. waren die Kollegen mit einer Delegation an den Stadtrat herangetreten und haben darin um Erlassung von Feuerungszulagen gebitt. Dieses Geänd ist durch den von dem 25. Januar abfolgende Beschluß. Am 23. März ist nun von den Kollegen erneut mit einer entsprechenden Eingabe an den Stadtrat herangetreten und haben in derselben darauf

hingewiesen, daß mit den Löhnen einfach nicht mehr auszukommen ist. Sie haben weiter darauf hingewiesen, daß die meisten Stadtverwaltungen ihren Arbeitern Feuerungszulagen gewähren, nur Krankenhäuser mache eine unübliche Ausnahme. Diese Eingabe hat Erfolg gehabt. Die auf dem Gaswert beschäftigten Arbeiter erhalten eine Zulage von wöchentlich 3 Mk. und die sonstigen Arbeiter eine solche von 2,50 Mk. pro Woche. Hoffentlich sehen die noch unorganisierten Kollegen nun ein, daß der Verband nützlich und notwendig für die Arbeiter ist und schließen sich demselben an.

Heidelberg. Sie haben noch nie mit Erfolg gekämpft, wenn es sich um soziale Maßnahmen gehandelt hat. Sie haben es auch in der Kriegszeit nicht anders gehalten — die Stadtväter des schönen Heidelberg. Es wäre ja auch gegen alle Tradition gewesen. Nicht unsere Organisation eine Eingabe ein, dann vertragen Wochen, lange Wochen, bis man endlich erfährt, daß „Erhebungen“ im Gange sind. So ist die schöne Stadt um Redarivand die Stadt der Erhebungen und Erwägungen geworden. Am 10. Februar stellten wir einen Antrag auf Erhöhung der Feuerungszulage. Alles fein zusammengestellt, eine bombastische Begründung hatte unser stellvertretender Vorsitzender, Kollege Bülker - Straßburg, beigelegt. Wir wußten, daß jetzt die Heidelberger Stadtväter auf die Sprossen mühen und Arbeit zu bekennen hatten. Wir erwarteten mindestens — erfahrungsgemäß — Ende März eine Antwort. Da, am 15. Februar kam schon ein quadratisches Schreiben des Inhalts, daß — ja — daß sie (der mit viel sozialem Teil getränkte Heidelberger Stadtrat) schon vor dem Eingang unseres Antrags selbst die Erhöhung einer Feuerungszulage an die hiesigen Beamten und Arbeiter in „Erwägung“ gezogen und zunächst „Erhebungen“ in den anderen hiesigen Städten veranlaßt haben. Also, die Vorlage der hiesigen Arbeiter hat die Herzen der Stadtväter bewegt. Wir registrierten dies mit Genugtuung. Und dann — etwas. Der Herr Oberbürgermeister hat bei der Vorstandssitzung die Erklärung abgegeben, daß den Kriegsbeschädigten — die auf Kriegsfähigkeit — die Rente auf den Lohn nicht angerechnet werden darf. Sollten reale Löhne auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge eingeschlagen werden? Wir wären die ersten, die solches von Herz — empfänden würden. Leider haben sich Theorie und Praxis scharf gegenüber. Bis jetzt hörten wir nur Worte, nichts als Worte. Aus den tönenden Worten müssen aber praktische Taten angeleitet werden. Sonst wäre man versucht zu glauben, daß alles nur zum Fenster hinausgesprochen war. Unser Antrag über Erhöhung der Feuerungszulage ist mir zu wohl berechtigt. Bis jetzt gestaltete sich unsere Feuerungszulage wie folgt: pro Arbeitstag 20 Pf.; Minderzulagen: bei 1 und 3 Mk. 2 Minder 6 Mk., 3 Minder 8 Mk., 4 und mehr Minder 10 Mk. pro Monat. Auszuschließen von der 20 Pf. Zulage sind die Arbeiter, die über 150 Mk. Lohns. bzw. 1800 Mk. Jahreslohn beziehen. Von jeglicher Zulage sind solche Arbeiter auszuscheiden, die nach dem 1. Juli 1914 eingetreten sind. Wie man sieht, mußte unser Antrag auf Erhöhung mit Bescheidenheit kommen. Er lautet auf tagliche Erhöhung von 20 auf 40 Pf. sowie auf 15 Pf. pro Tag für jedes Kind. Diese Zulage soll auch auf sämtliche jüdisch bei der Stadt beschäftigten Arbeiter und Angehörigen sowie auf die Familien der im Felde stehenden hiesigen Arbeiter ausgedehnt werden. Hoffen wir, daß der Heidelberger Stadtrat soziales Gefühl genug beweist, auch den Heidelberger jüdischen Arbeitern das Zuzuhalten zu ermöglichen.

Mannheim. Feuerungszulagen. Mannheim galt bislang als eine der reichsten Städte und hat sicher an diesem Vorzug auch während des Krieges nicht eingebüßt. Das zeigen die naturlichen Nachrichten unserer Stadt. Diejenige Umstände ist es zu schreiben, daß unser Stadtrat unseren am 26. April 1915 gestellten Antrag um Gewährung einer Feuerungszulage von wöchentlich 3 Mk. einstimmig genehmigte, jedoch nur für verheiratete Arbeiter, und zwar mit Auswirkung vom 1. Mai 1915. Mit Wirkung vom 1. August wurde dann auch den ledigen Arbeitern eine Zulage von 1 Mk. wöchentlich zugesprochen. Des weiteren hat sich unsere Stadtverwaltung, um die notwendigen Mittelkräfte zu bekommen, genötigt gesehen, die Anfangslöhne für neu Eingehende um 30 Pf. zu erhöhen. Die Lohnausmittelpreise haben um 50 Pf. voran gegen eine weitere Steigerung von durchschnittlich mindestens 15 Prozent erhöht und hat sich die Mannheimer Arbeiterschaft genötigt gesehen, erneut an den Stadtrat heranzutreten mit dem Antrag, die 1915 gewährte Feuerungszulage von 3 Mk. auf 6 Mk. zu erhöhen. Leider haben wir bei der dreimaligen Regelung seitens unseres Stadtrates das Entgegenkommen, das wir voriges Jahr konstatieren konnten, nicht gefunden. Wohl mag beabsichtigt und anerkannt werden, daß unsere Stadtverwaltung für Volkserhaltung und künftige soziale Aufwendungen zu machen hat und daß anderen als die einmaligen betragsmäßig zurückgegangenen sind; diese Umstände haben naturlicherweise die Forderung der Stadt sehr unangenehm gestellt. Allerdings hätte dem Stadtrat der Arbeiterschaft etwas mehr Rechnung getragen werden dürfen als gegeben ist. Wohl hat der Bürgerausschuß noch eine kleine Beobachtung, daß der Durchführung in unserer Aktion, durchgeleitet, wodurch eine kleine Erhöhung der Feuerungszulage eintritt. Es betonen nun die Lohn nach Beschäftigung der Pargerschlusses mit Wirkung vom 1. Januar 1916; verheiratete Arbeiter monatlich

15 Mk., ledige Arbeiter monatlich 6 Mk. einschließlich der bisherigen wöchentlichen Zulagen, d. h. dieselben kommen in Wegfall. Es bedeutet dies somit eine Erhöhung der bisherigen Löhne für Verheiratete von monatlich 2 Mk. und für Ledige von monatlich jetzt 1,15 Mk. Daneben wurde eine Minderzulage von monatlich 3 Mk. für jedes Kind unter 16 Jahren bewilligt, ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar 1916. Die Minderzulage wird auch für solche bis 18 Jahre angewährt, soweit sie keine eigene Erwerbstätigkeit ausüben. Des weiteren wurde den bei der Stadt während des Krieges eingestellten und nachträglich zum Wehrdienst eingezogenen Hilfskräften eine einmalige Unterstützung von 75 Mk. für jeden bei der Stadt geleisteten Arbeitstag bewilligt. Voraussetzung ist, daß der Arbeiter mindestens 6 Monate bei der Stadt beschäftigt war. Diese Zugeständnisse sind im Verhältnis zu der bestehenden Forderung sehr minimal; sie bedeuten ungefähr ein Achtel von dem, was wir verlangt haben. Doch wir müssen uns vorerst begnügen, solange es möglich ist; sollte die Lebenshaltung für die Zukunft noch weiter erschwert werden, so hoffen wir, daß auch unser Stadtrat das nötige Einsehen haben wird und uns die Mittel bewilligt, die unbedingt notwendig sind, um mindestens annähernd auskommen zu können.

**Würzburg.** In unserem Bericht „Gewerkschaft“ Nr. 13 (Spalte 204) muß es heißen: 0,10, 0,50 und 0,50 Mk., was die Leser gewiß schon herausgefunden haben.

**Aus den deutschen Gewerkschaften**

**25 Jahre Textilarbeiterverband.** Am 31. März blühte der Deutsche Textilarbeiterverband auf ein 25jähriges Bestehen und Vieles zurück. Am gleichen Tage des Jahres 1891 hatte ein Vorkriegslohn der bis dahin nur isoliert organisierten Textilarbeiter, der im Vorkriegslohn, die Gründung eines Zentralverbandes beschlossen. Ein Jahr nach der Gründung zählte er 3500 Mitglieder. Aber anermüdet wurde die schwierige Organisationsarbeit weiter betrieben und bei Ausbruch des Weltkrieges zählte der Textilarbeiterverband 110.000 Mitglieder, darunter 53.000 weibliche. Im Jahre 1908 erweiterte der Verband seine bestehenden Unterstützungsvereinigungen um das wichtige Glied einer Arbeitslosenunterstützung, für die er bis 1914 13.000.530 Mk. verausgabten mußte. Daß er das konnte, ist ein Beweis für die gesunde Grundlage, auf der das gesamte Verbandsgedächtnis aufgebaut worden ist. Wie jede echte Arbeiterorganisation, so hatte auch der Textilarbeiterverband zahlreiche schwere Kämpfe zu führen, um seinen Mitgliedern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Dabei erwarb er sich besonders um die Verkürzung der überlangen Arbeitszeit große Verdienste.

**30hn Jahre Dienstmotorenbewegung.** Der jüngste Zweig der modernen Arbeiterbewegung, die Organisation der Dienstmotoren, ist am 18. März zehn Jahre alt geworden. Anfangs 1906 war unter den Dienstmädchen in Nürnberg große Unruhe entstanden wegen einer Reihe von jäheren Mißhandlungen und laut gewordenen Beschwerden, den Dienstmädchen ihre ohnehin kümmerlichen Rechte noch mehr einzuschränken. Die Arbeitersekretärin Helene Grünberg nahm die Sache in die Hand und hielt am 18. Februar 1906 eine Dienstmädchenversammlung ab, die überraschend stark besucht war und aus ihrer Mitte heraus eine Kommission wählte, der die Verantwortlichkeiten zur Gründung eines Vereins auf hochgewerkschaftlicher Grundlage übertragen wurden. Die Nürnberger Gründung blieb nicht vereinzelt, überall entstanden nach ihrem Vorbild ähnliche Organisationen in München, Köln, Darmstadt, Aachen, u. a. m., später auch in zahlreichen anderen Orten, ebenso in der Schweiz und in Österreich. Die deutschen Dienstmotorenvereine schlossen sich im Januar 1909 auf einer Konferenz in Berlin zu einem Zentralverband der Hausangestellten zusammen, in dem die Nürnberger Ortsgruppe auch heute noch eine der bedeutendsten ist, wenn auch mit dem Mitgliederanstieg zu vergleichen ist; nach dem Krieg wird aber die alte Organisationsstruktur wiederkehren.

**Der Tarifausblick der deutschen Buchdrucker** hat nach erfolgter Verhandlung der Prinzipals und Gewerkschaften im Buchdruckereibeiheiden beschlossen, die Gültigkeitsdauer des bis 31. Dezember 1916 laufenden Deutschen Buchdruckerarbeitsvertrages auf ein weiteres Jahr zu verlängern, und zwar bis zum 31. Dezember 1917. An die Prinzipalsmitglieder der Tarifgemeinschaft wird gleichzeitig die folgende Bitte gerichtet, durch Gewährung von Forderungszulagen ihren Gehältern entgegenzukommen, damit es denselben möglich ist, auch bei den außerordentlich veränderten Lebensbedingungen ihre Verbindlichkeiten gegen Staat und Familie zu erfüllen.

**Der Verband der Bauwirtschaftlichen 1915.** Das Jahr 1915 hat für den Verband eine weitere recht erhebliche Einbuße an Mitgliedern gebracht. Von den rund 17.000 Mitgliedern, die Mitte 1914 zählte wurden, waren bis zum Schluß des Jahres 7993 oder 47,5 Proz. abgegangen, die übrige Mehrzahl davon zum Militär. Im letzten Jahr waren es 3792, die sich zum Wehrdienst meldeten. Der Verband zählte Ende 1915 nur noch 1295 Mitglieder, davon 100 weibliche. Es konnten zwar 2000 neue Mitglieder gewonnen werden, die aber fast reißlos wieder abstrichen werden mußten. Ein weiteres Sinken des Mitgliederbestandes befürchtet die

Verbandsleitung jedoch nicht mehr. An alten Tarifverträgen gingen von 331 nur 209 in das Berichtsjahr über. Hierzu kamen 43 neue Abmachungen, so daß Ende 1915 insgesamt 243 Tarifverträge für 3179 Personen, von denen 2417 dem Verbandsangehörigen, festgestellt wurden. Lohnverbesserungen konnten namentlich in Berliner Stoffhändlern durch Verhandlungen erwirkt werden. Die Finanzlage des Verbandes kann trotz des Rückganges der Mitglieder und trotz der hohen Ausgaben für Unterstützungen nicht als ungünstig bezeichnet werden. Während im Jahre 1913 die reinen Einnahmen fast eine halbe Million Mark betragen, sanken sie im Jahre 1914 mit seinen fünf Kriegsmonaten auf rund 400.000 Mk., und im verfloßenen Jahre wurden nur 211.800 Mk. vereinnahmt. Die Ausgaben haben sich aber ebenfalls verringert; sie gingen von 111.000 Mk. im Jahre 1913 auf 252.000 Mk. im Berichtsjahre zurück, nachdem sie im Jahre 1914 auf 461.000 Mk. gestiegen waren. Das Verbandsvermögen ist von 273.000 Mk. Ende 1913 auf 134.000 Mk. am Schluß des Jahres 1915 gesunken. Ein beträchtlicher Teil der Ausgaben entfällt auf die Unterstützungen. Obwohl während der Kriegsdauer Streik- und Krankenunterstützung aufgehoben sind, betragen die Ausgaben für die Zwecke der Unterstützungen im Jahre 1914: 167.000 Mk., im letzten Jahre 99.200 Mk. Davon haben die Familien der zum Wehrdienst einberufenen Mitglieder 70.000 Mk., die arbeitslosen Mitglieder 18.000 Mk. bezogen. Die persönlichen Verwaltungskosten, einbezogen die der Kassierer, gingen von 145.000 Mk. im Jahre 1913 auf 77.159 Mk. zurück.

**Der Fleischerverband 1915.** Der Krieg hat im Fleischerberufe eine erhebliche Umwälzung hervorgerufen. Tausende Kleinbetriebe sind verschwunden. Soweit sie noch existieren, ist der größte Teil kaum noch lebensfähig. Die Darmbranche, in der die Organisation schon gütliche agitatorische Erfolge und selbst Tarifabschlüsse zu verzeichnen hatte, ist fast vollständig lahmgelegt, weil Export und Import ruhen. Andererseits sind zahlreiche Großbetriebe neu entstanden, hauptsächlich Memmingerfabriken, die Tausenden von gelernten und ungelerten Arbeitern sowie Arbeiterinnen Arbeitsgelegenheit bieten. Dieses neue Gebiet beruflicher Tätigkeit brachte dem Verband neuen Boden für seine Ausbreitung. Durch die vielen Einkerbungen war die Mitgliederzahl schon bis Ende 1914 sehr stark gesunken. Die Nachfrage nach Fleischerstellen konnte nicht befriedigt werden, obwohl erheblich höhere Löhne geboten wurden. Arbeiten, die früher nur gelernte Fleischer verrichteten, wurden immer mehr von ungelerten Arbeitern ausgeführt. Der Verband zählte am Jahresbeginn 1915 in 66 Zählstellen einschließlich der Einzelzähler 5519 Mitglieder, darunter 109 weibliche. Am Schluß des Jahres 1915 bestanden noch 51 Zählstellen mit 2610 Mitgliedern, einschließlich 905 weiblichen. Im Berichtsjahre wurden 3828 Neuaufnahmen gemacht, wovon ein erheblicher Teil durch Einziehung zum Wehrdienst und durch Berufswechsel wieder verloren ging. Seit Kriegsbeginn sind bis 31. Dezember v. J. 6817 Mitglieder eingezogen worden, das sind 277 mehr, als der Verband vor dem Kriege männliche Mitglieder hatte. Die Gesamteinnahmen weisen einschließl. 47.310 Reichsmark vom Jahre 1914 die Summe von 172.726 Mk. auf; die Gesamtausgaben betragen 197.332 Mk., darunter 39.364 Mk. für Unterstützungen. In die 40erfamilien wurden seit Kriegsbeginn 17.888 Mk. gezahlt, davon im Jahre 1915 allein 36.875 Mk. Zum Kriegseinkaufs, der nicht aus Ertragsbeiträgen der Mitglieder gehalten wird, hat die Komplikation insgesamt 7500 Mk. Zuschuß geleistet. Das Vermögen des Verbandes beträgt 67.623 Mk.; demnach ist der Massenbestand um 20.313 Mk. gesunken. Ausgewählt wurden 34 Bewegungen in 18 Orten und 7 Kriechen mit 2871 männlichen und 2179 weiblichen — 5053 Reichsmark an. Alle Bewegungen verliefen erfolgreich. Es wurden erreicht an Arbeitszeitverkürzung für 3280 Personen 18.176 Stunden pro Woche; an Lohnverbesserungen für 1668 Personen 14.705 Mk. wöchentlich; an sonstigen Verbesserungen höhere Bezahlung der Heberhunden, bessere Bezahlung oder Freistellung der Sonntags- und Nacharbeit u. dergl. für 2871 Personen. Die Arbeitszeitverkürzungen schwanken zwischen 1/2 und 1 1/2 Stunden, die Lohnverbesserungen zwischen 1 und 17 Mk. pro Woche. Selbst für Arbeiterinnen konnten bis 6 Mk. Lohnverbesserung pro Woche erreicht werden. In den meisten Fällen wurden Tarifverträge abgeschlossen.

**Der Kürschnerverband 1915.** Am Schluß des Jahres 1915 wurden 1.600 Mitglieder als zum Wehrdienst eingezogen gemeldet; außerdem dienten noch 129 Mitglieder aktiv. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1915 1.339 männliche und 864 weibliche, zusammen 2.203 Personen. Gegenüber dem am Schluß des letzten Quartals 1914, also vor Kriegsausbruch, ist ein Verlust von 345 Mitgliedern zu verzeichnen. Da zahlenmäßig die Austritte die Eintritt nur um 22 überwiegen, so sind also 323 Mitglieder verloren gegangen. Der Verband hat während der Kriegsjahre bis zum Schluß des Jahres 1915 an Unterstützungen rund 58.000 Mk. gezahlt. Die Einnahme betrug 117.625 Mk., die Ausgabe 106.231 Mk. Der Massenbestand betrug am Schluß des Jahres über 97.000 Mk.

**Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren 1915.** Der Verband zählte, nachdem er bereits im Jahre 1914 von 28.751 Mitgliedern auf 17.551 am Jahresabschluss zurückgegangen war, Ende 1915 noch 9110 Mitglieder, davon 6611 männliche und 2499 weibliche. In dieser Zahl kommt die große erfolgreiche Werbetingen des Ver-

hat das zum Ausdruck, denn zum Kriegsdienst wurden im Jahre 1915 einem 13023 Mann eingezogen, in den ersten fünf Kriegsmonaten waren es auch bereits 130131. Die Gesamtzunahme des Bundes betrug 851022 M., (einschl. Vortrag von 461563 M.), die Ausgabe 389128 M., so daß ein Massentrend von 461891 M. erzielt. Das sind 301 M. mehr als am Schluß des Vorjahres. Die Hauptlast hat aber einen nur 13259 M. höheren Bestand, während die Verluste allerdings 12958 M. weniger aufweisen, da sie aus ihren Wunden noch Internierungen in Höhe von 18063 M. zahlten. Für Arbeitslose wurden 1915 gezahlt 27349 M., für Kranke 23371 M., an Internierungen für die Familien der Engesetzten einw., der Weimarsommererziehung und sonstiger Postfälle 97158 M. Das sind im Vergleichsare insgesamt 154497 M. In allen 17 Kriegsmonaten bis Ende des Vorjahres wurden zur „Kriegsunterstützung“ von der Organisation allein 146529 M. auszugeben. Lohnbewegungen kamen 7 zum Abschluß, die sich auf 62 Lote mit 227 Verwehren erstreckten, in denen 1605 Beschäftigte gezeigelt wurden. 114 Bewegungen waren friedlicher Natur. Erreicht wurde für 126 Beschäftigte eine Arbeitszeiterhöhung um 215 Stunden pro Woche. 174 Beschäftigte haben eine wöchentliche Lohnvermehrung von 1966 M. erzielt. 477 konnten eine erhöhte Bezahlung der Heberstunden und 71 einen höheren Wusttag für Sonntagsgarben erlangen. Die 7 Bewegungen endigten für 1535 Beschäftigte mit Abschlüß eines Tarifes.

**Der Verband der Sattler und Portefeinler 1915.** Wenig deutsche Gewerkschaften haben während der Kriegszeit unter einer so harten Wechselwirkung gelitten, als der Verband der Sattler und Portefeinler. Da ein großer Teil der angestellteren Verfassungen in der Kriegswirtschaft beschäftigt war, mußte mit Ausbruch des Krieges eine große Arbeitslosigkeit entstehen. Trotz der weiten Eingliederung der Mitglieder zum Heeresdienst zählte der Verband Anfang des Jahres 1915 bereits wieder 1600 Mitglieder mehr als am Schluß des dritten Viertelsjahres 1914. Die vermehrte Mühsamkeit erregte eine Menge fremde Verfassungen, ungenügende und unbescheidende Frauen, zu dieser Beschäftigung heran. Mangels freierhandiger Straße war es nicht möglich, dieses Requisitionsgeld in vollem Maße für die Organisation auszunutzen. Im 1. Januar 1915 zählte der Verband 1121 Mitglieder, darunter 114 weiblich. Im Laufe des Jahres wurden 9640 männlich und 2500 weibliche Mitglieder neu aufgenommen. Zum Heeresdienst wurden 2200 Mitglieder eingezogen; am 1. Januar 1916 standen rund 9000 Mitglieder unter den Fahnen. Außer diesen verlor die Organisation noch 781 männlich und 215 weiblich Mitglieder durch Auscheiden aus der Produktion. Trotz dieser hat der Verband Mitgliederziffern in die Durchschnittsliste Mitgliederziffern von Jahre 1915 mit 13570 wenig verändert; gegenüber 1914 mit 13699. Die gute Manufaktur läuft die Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung im insgesamt 29.000 betruhen. Das sind 146 M. pro Kopf gegen 1700 M. im Vorjahr. Die Internierungen der im Felde stehenden Mitglieder für im Laufe des Krieges 163171 M. erfordern, davon wurden 141000 M. durch freiwillige Sammlungen aufgebracht. Während der Kriegsdauer wurden aus den Mitteln der Hauptkasse 16000 M. für Internierungen ausgegeben.

**Heber die Kriegswirkungen im Bauarbeiterverband** berichtet der Verband, daß ein Nachtrag von rund 80000 Mitgliedern am Jahresabschluss 1915 vorhanden war, von dem man nicht allgemein sagen kann, ob diese Mitglieder dem Verband den Rücken zu kehren oder ob sie bei der Entlohnung die ordnungsgemäße Anweisung erhalten haben. Unvollständig seien aber mehrere, schätzungsweise von Mitgliedern abgezogen. Von emigrierten sind 18110 Mitglieder ausgeschlossen, geflohen oder ausgeschieden 2253 Mitglieder. An ungenügendem Besitzen, an Zurückgang, Un- und Wehrereichen, in Zusammenhang mit, habe die Organisation sehr gelitten, während sie in Sachsen, im Norden und in Brandenburg sich am besten gehalten hat. Der Verband veranlaßte im Jahre 1915 für Heberstunden und Arbeitslosenunterstützung 929770 M., für die Familien der Engesetzten 292954 M., insgesamt für Internierungen 326097 M. Von je 1000 Mitgliedern beim Kriegsausbruch war n. außer den Engesetzten, am 31. Dezember 1915 268 vorhanden.

**Der Bergarbeiterverband 1915.** Der Verband zählte am Jahresabschluss 4671 Mitglieder. Zum Heeresdienst eingezogen waren 10106 Mitglieder, darunter 47 Verbandangehörige mit 31017 M. erkrankt. 2195 Mitglieder wurden aus dem Mitgliedschaft entlassen, während 2590 als geflohen gemeldet wurden. Die Zahl der Rekrutierungen ist von 1826 im Jahre 1914 auf 6528 im Vergleichsjahre zurückgegangen. Die Mitgliedererträge gingen 1915 317 M. an gegenüber 1580554 M. im Vergleichsare. An Vorkosten, Erntemaßnahmen und sonstigen Einflüssen waren 27744 M. und im Juli 1915 11883 M. vorhanden. Die Gesamtzunahme betrug 117173 M. Die Ausgaben für Internierungen betragen insgesamt 415977 M., darunter 17828 M. Kriegsunterstützung, 174934 M. Arbeitslosenunterstützung. Der Verbandsbestand in der Hauptkasse betrug am Jahresabschluss 311967 M., gegenüber 116191 M. im Vergleichsare. In den Bezugs und Erntestellen 1. wurden sich noch 60714 M., so daß am Jahresabschluss im Gesamtbestand von 350771 M. gegenüber 329781 M. im Vergleichsare zu sehen waren. Der Verbandsbestand hat sich im Jahre 1915 also um 27890 M. vermehrt.

◆ Rundschau ◆

**Die Kriegsbeschädigten.** Tausende hat der Krieg bereits das Leben genommen, Tausende hat er dem Arbeitsleben auf ewig entrückt. Und wieder ungezählte Scharen gibt es, die der Krieg so verjümmelt hat, daß sie für ihren früheren Beruf nicht mehr zu gebrauchen sind, daß sie im Arbeitsleben auf einen anderen Posten gestellt werden müssen. Groß ist die Zahl dieser Kriegsverletzten, und darum ist es nur zu natürlich, daß die Frage der Unterbringung dieser Verletzten im wirtschaftlichen Leben heute zu den wichtigsten Problemen gehört. Doch, so natürlich diese Bemühungen auch sind, das rechte Arbeitsglück wird doch nur den wenigsten beschied. Was erstreben denn jene Bemühungen? Sie sollen dem Kriegsbeschädigten eine Arbeit verschaffen, die seinen jeglichen körperlichen Fähigkeiten entspricht. Seine körperlichen Fähigkeiten, der Geist, das Talent, die innere, natürliche Begabung und Veranlagung finden selten Berücksichtigung. Und ist das verwunderlich? War es nicht stets so, auch vor dem Kriege? War das Kind der arbeitenden Männer nicht stets zur Arbeitsmaschine bestimmt? Hatte man nicht stets so getan, als wenn jene Jugend aller geistigen Werte bar wäre? Hat man je in großer, prinzipieller Weise dafür gesorgt, daß alle, alle eine Ausbildung und einen Beruf bekommen, der ihren geistigen Werten, ihrer wahren Wertanlage entspricht? . . . Und darum: wenn man sich auch noch so sehr um die Kriegsbeschädigten bemüht, das tiefere, schöne, erhebende, natürliche Arbeitsglück wird man ihnen so nicht bringen. Tausende und aber Tausende haben geistige Werte in sich und nie wird ein geistig begabter Mensch glücklich sein, wenn seine Arbeit nur reinen körperlichen Fähigkeiten entspricht. Und dennoch, auch für sie ist ein befriedigender Lebensinhalt möglich. Ja, das Schöne, das das schaffende Leben zu bieten vermag, ist ihnen auch jetzt nicht ver sagt: der geistige Kampf. Mit der Arbeit des Alltags dient der Mensch nur der Gegenwart, der Zukunft aber lebt er in einem geistigen Kampfe, der Entwicklung der Welt. Das, was das Hebrä im Menschen ist, das Tragen und Führen und Sehen, das findet auch jetzt noch, eben in jenem geistigen Ringen, seine Befriedigung. Ja, wenn sie nicht mehr kämpfen könnten, wenn dem kühneren Träumen ihres Herzens die Befriedigung verweigert bliebe, diesem gewaltigen Trieb jeder gesunden Natur, dann, ja dann müßten sie als denkende und fühlende Wesen totunglücklich sein. Aber er bleibt ja allen diesen Beschädigten, dieser Kampf, fast allen, und damit bleibt ihnen trotz ihrer Verletzungen das schönste Arbeitsglück. Arbeiten können sie für Arbeit und Schönen und Gut, arbeiten für eine Sinnhaftigkeit der Menschheit in höherer Höhe.

**Die Kriegswaisenerversicherung durch die Volksfürsorge** wird in der Nr. 3 der Monatschrift „Volksfürsorge“ in ihren Einzelheiten mitgeteilt, wie sie die Generalleitung des Aufsichtsamts für Privatversicherung gefunden hat. Beschlaf wird in der Leitendsten eine sogenannte Kriegswaisenerversicherung propagiert. Da jedoch bei den wirtschaftlich meist schlecht gestellten Arbeiterfamilien die Übernahme von Kriegswaisenerversicherungen durch Versicherungen der Kriegspaten selbst mit Begründung des betreffenden Bundes nicht ohne Schwierigkeit sein wird, sondern man sich mehr darauf beschränken wird, durch Verhinderung der Kriegswaisener bei dem Eintritt ins Leben finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, so war es geboten, diese Verhinderungen ohne besondere Schwierigkeiten den bestehenden Einrichtungen der Volksfürsorge anzupassen. Der Vorstand der Volksfürsorge kam deshalb nach reiflicher Überlegung zu dem Entschlusse, keine neue Verhinderungsart einzuführen, auf einen Verhinderungsart (Verhinderungen mit bestimmter Befallenszeit) zu verzichten, sondern im Rahmen der bereits bestehenden Tarife Einrichtungen zu schaffen, die dem Zwecke der Kriegswaisenerversicherung weitgehend Rechnung tragen. Nach einer detaillierten sachlichen Darstellung der einzelnen für diese Verhinderungen in Betracht kommenden Tarife wird in der Monatschrift weiter gesagt: „Trotz die bei der Volksfürsorge nur gebotenen verschiedenen Möglichkeiten kann der Zweck einer Verhinderungsversicherung in körperlicher Weise erreicht werden. Will man dem Kinde für die Zeit der Schulentlassung zur Erlangung einer angemessenen Lehrstelle Mittel zur Verfügung stellen, so sind die Sonderart IV und IVa besonders zu empfehlen. Ist man Wert darauf, für das reifere Alter des Kindes, zur Gründung eines Geschäftes oder eines eigenen Geschäftes die Mittel herbeizubringen, dann sind die Tarife II und VI die geeigneteren. Es ist ferner für alle Behörden und Landräte, die für die Kriegswaisenerversicherung öffentlich werden, möglich, die Volksfürsorge dringend zu empfehlen, wenn sie Wert darauf legen, ihren Anteil an der freien Wahl der Gesellschaft zu lassen. Nur die Familien der Volksfürsorge, für die Gewerkschaften und Gewerkschaften bieten die neuen Einrichtungen eine gewisse Gelegenheit, zu erst, indem sie sich für den Abschluß von solchen Verhinderungen, insbesondere auch im Sinne der gesamten Arbeiterchaft,



In keiner Schicht der Bevölkerung wird der Verlust des Ernährers im Kriege so tiefe und so hindernde Wirkungen haben als in der Arbeiterklasse, und für keine Schicht wird die öffentliche Fürsorge weniger stark sein als gerade für diese. Es wird deshalb, wie immer, so auch jetzt, Sache der Arbeiter sein, auch in dieser schwierigen Lage für ihre Angehörigen selbst zu sorgen. Wer auf dem Wege der Versicherung die Erntenzug und das Fortkommen auch nur eines einzigen Kriegswaisenkindes sichergestellt, der hat nicht nur eine Tat des landläufigen Patriotismus erfüllt, sondern er hat eine Dankeschuld abgezahlt, die wir alle denen schulden, die unter Zurücklassung ihrer Familie im Kampfe für die Selbständigkeit und die Erntenzug des Vaterlandes ihr Leben lassen mußten.

**Gegen die Lebensmittelhamsterei.** Kaffee- und Zuckermärkte sind gegenwärtig wieder in eifriger Tätigkeit begriffen. Schon wiederholt ist gegen die überreichliche Vorverpackung mit Lebensmitteln aller Art, in der Annahme, daß diese bald ganz vom Markte verschwinden könnten, Stellung genommen und darauf hingewiesen worden, wie durch das Aufstapeln großer Mengen von Lebensmitteln, die mitunter dem Verderben angesetzt sind, durch das Verschicken, immer noch größere Vorräte einzuhändigen, der Marktverkehr auf das ungünstigste beeinflusst und durch diese Mühsaläufe zu jedem Preis der Handel geradezu angereizt wird, höhere Preise für die Ware zu verlangen und sich schließlich bisweilen einer Ueberhöhung der Höchstpreise schuldig zu machen. In letzter Zeit hatte sich die Hamsterei namentlich auf dem Zuckermarkt geltend gemacht, obwohl wiederholt betont worden war, daß unsere Zuckervorräte bei vernünftiger, haushälterischer Verwendung bis zur nächsten Ernte völlig ausreichen und eine Verteuerung des Verbrauchs, anders für dieses Verbrauchsjahr, also bis Oktober, nicht zu befürchten ist. Selbst wenn für die neue Ernte 1916/17 ein kleiner Aufschlag eintreten sollte, was durchaus noch nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, so kann doch unmöglich dieser noch sechs bis sieben Monaten leicht kommende Aufschlag dazu veranlassen, schon heute einzukommen. Auf dem Kaffeemarkte machten sich kürzlich ähnliche unersichtliche Erscheinungen bemerkbar. Die zu einer Einheitsaufschlag des Kaffeeverbrauchs in Berlin geführt haben, wonach im Kleinhandel Kaffee überhaup nicht mehr und von gebranntem Kaffee nicht mehr als ein halbes Pfund auf einmal an einen Käufer abgegeben werden darf. In beachtenswerter Weise wird auch in einem Erlass des schiedlichen Ministeriums des Innern gegen die Hamsterei Stellung genommen, in dem es heißt: „In letzter Zeit haben viele Haushaltungen sich recht unüberleglich mit einem größeren Zuckervorrat eingedeckt. Den Anlaß hat anscheinend die Bundesratsverordnung vom 3. Februar gegeben, die den Preis des von den Hochzuckerfabriken im Betriebsjahr 1916/17 heranzustellenden Rohzuckers auf 15 Mk. festsetzt. Diese Verordnung hat aber auf den Zuckerpreis mindestens bis zum Herbst keinen Einfluß, so daß mit einem Steigen des Kleinhandelspreises im Sommer nicht zu rechnen ist. Dagegen kann das auch für den einzelnen ganz unwirtschaftliche Ankaufen von Vorräten in den Haushaltungen dazu führen, daß andere für den Bedarf durchaus ausreichende Vorräte im Sommer für den wichtigsten Verwendungszweck knapp werden. In diesem Falle würde auf die in den Haushaltungen an gesammelten größeren Vorräte zum Nutzen der Allgemeinheit zurückgegriffen werden können, die jetzt eigenmächtige Aufkäufe machen, kann daher keinerlei Vorteil, wohl aber Schäden entstehen. Es ist bedauerlich, daß die Furcht des „Hamsterns“, deren sich jeder denkende Staatsbürger erheben sollte, kein Ende nehmen will. Vor diesem gemeinlichlichen Handeln wird nochmals nachdrücklich gewarnt. In einer Verfügung hat keinerlei Grund vor.“ Die eintretenden Maßnahmen in dem Erlass und die Warnung, daß bei entsprechender Anspannung auf die in den Haushaltungen angesammelten größeren Vorräte zum Nutzen der Allgemeinheit zurückgegriffen werden müssen, werden hoffentlich genügen, um dem Hamstern zu steuern und der Entstehung großer Warenmengen vom Markte erfolgreich entgegenzutreten. Die Konsumverhältnisse werden sich nach wie vor behaupten, den Hamstereien einen Abriegel vorzudrücken und nur ein bestimmtes Quantum Waren an das einzelne Mitglied abgeben.

**Ausblick auf kommende Kämpfe.** Wir haben nach dem Kriege ein Zustand des wirtschaftlichen und politischen Friedens, fordern wir die Arbeiterklasse zu erwarten, und die Arbeiter können mit dem Gedanken ruhig ihrer berechtigten Forderungen rechnen, wenn die Verhandlungen stark und kampfbereit sind. So haben wir seit Kriegsbeginn wiederholt gemahnt und zu kassierender Organisation der Arbeiterklasse die nötige Aufmerksamkeit zuwenden. Daß wir in dieser Hinsicht nicht zu schwächen haben, gegen nun nach die tatsächlichen Verhältnisse, die die wirtschaftliche Sozialpolitik Professor Ernst Kautsky in den „Kampfbüchern“ über die deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gibt. Er weist ausdrücklich auf die notwendige Teilnahme der Arbeiterklasse. Nach der deutschen Wirtschaftslage ist die wirtschaftliche Lage nicht so schlecht, wie es in den letzten Monaten des Jahres 1915 mit rund 600.000. Tausend durch Prof. Dr. Kranke. Der Wettbewerb zwischen Mann und Frau wird verschärft, sie macht nun nicht nur den Mann, sondern auch die Frau der selbst ernannte Grund für die geringere Verdienste anderer Lohn zu geben, und in den letzten Monaten nicht besteht.“ Ein Blick auf die Stellung der Arbeiterklasse im Leben des einzelnen Moment ist in der folgenden Zusammenfassung der Bedarfsmittel gegeben. Darüber

äußert sich Professor Kranke folgendermaßen: „Die in der Kriegszeit wirksamen lohnsteigernden Faktoren, von denen manche, wenn auch weitaus nicht alle Arbeiterklasse profitiert haben, werden wegfallen, die lohnsteigernden Einflüsse voll zur Geltung kommen. Meineswegs aber werden die Löhne nach dem Kriege dieselbe Kaufkraft haben wie vor dem 1. August 1914. Die meisten auch der bescheidensten Lebenshaltung werden noch lange die Wirkung der Kriegsteuerung verspüren. . . . Man wird die ernste Befürchtung nicht unterdrücken können, daß auch nach Friedensschluß die Preise der unentbehrlichen Gegenstände des Lebensbedarfs hoch bleiben. Nahrungsmittel, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Wäsche. Erhöhungen werden nur langsam von ihrer Preishöhe herabgesenkt. Verschärfen wird sich der Mangel an Kleinwohnungen. . . . Schon jetzt leben wir eine Abwanderung aus großen und mittleren in kleinere Wohnanlagen.“ — Dazu wird sich nach dem Kriege doch eher die Macht der Unternehmervereine gegenüber der Arbeiterklasse entfalten. Hiermit rednet Professor Kranke wie mit einer angenehmen Tatsache, denn er schreibt: „Die Arbeiter- und Unternehmerverbände sind an innerer Geschlossenheit und an Einfluß im Laufe des Krieges gewachsen. Die Opfer an Mitteln können ihre Stärke nicht vermindern, die in der Zahl ihrer Betriebe ruhen. Diese aber haben vielfach, wenn auch natürlich nicht durchwegs, sich getraut, mit gutem Nutzen gearbeitet, sich enger konzentriert. Bisher im Streite liegende Gruppen haben sich zusammengeschlossen; der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen haben sich im Kriegsausbruch der Industrie einträchtig vereint, sie gehen in wichtigen, für die künftige Richtung unserer Politik entscheidenden Fragen Hand in Hand mit dem Bunde der Landwirte und den Mittelstandsvereinen. . . . Die führenden Männer der schweren Industrie und ihre Propaganda befürchten nicht, daß sie die alten gelassen sind. Wenn sie für die Erhaltung des Kapitalismus eintreten, sprechen sie offensichtlich als die Herren der Lage. Sie fordern zwar, daß die Arbeiter, namentlich die sozialdemokratischen, ganz ausgiebig unter dem großen Reichert Krieg unternehmen sollen, sie selbst aber lehnen jedes Untertun auf das entschiedenste ab. Gewiß ist es nur ein Teil der Arbeiter, der so unentwegt verneint, zahlermäßig sogar nur ein kleiner, der führenden Bedeutung nach in der Industrie aber ein mächtiger. Was es genügt erscheinen, von ihnen zu sagen, sie würden sich niemals zur Verhandlung und zum Vertrag mit der organisierten Arbeiterklasse bequemen — auch in der Sozialpolitik gibt es kein Niemals —, so ist eine Wandlung aus freien Stücken und offener Heberzeugung bei ihnen für die nächsten Friedenszeiten doch ausgeschlossen. Das legt Befürchtungen vor jenen Arbeitskonflikten nahe, vor allem im Bergbau.“ — Die „Herren der Lage“ sind also stark gerüstet, um diegegend des Sozialcharakteres eines „Kriegs-Alt“ zu geben. Wegen dieser ernsten, bewegten Worten eines bürgerlichen Sozialpolitikers über die im Kriege erstarbte Macht des Unternehmertums wie ein weißes Signal auf die Sammlung der deutschen Arbeiterklasse wirken, mögen sie zu ihrer inneren Geschlossenheit mächtig beitragen.

**Eine Rechnung für Arbeiter.** In der „Chemiker Zeitung“ liest man folgende Notiz über die Verpflegungsgelder bei der Beschäftigung von Kriegsgesangenen: „Für die Verpflegung von Kriegsgesangenen in der Industrie entsprechen die Rückvergütungen für Verpflegung und Unterkunft keineswegs den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen und Materialpreisen und legen daher den Betrieben, welche Kriegsgesangene beschäftigen, eine nicht unerhebliche Last auf. Der Normallohn für die Unterkunft in Höhe von 0,15 Mk. für den Tag und Kopf konnte einzurechnen als ausreichend betrachtet werden, sofern eine sehr große Anzahl von Kriegsgesangenen an ein und dieselbe Stelle untergebracht werden kann. Dagegen trägt der Tag für die Verpflegung auch jetzt der fortwährenden Teuerung der Lebensmittel nicht genügend Rechnung. Die Subvention der Industrie dürften jetzt mindestens, wenn man die von der Kulturverwaltung erhaltene Stala berücksichtigt, bei einer Verpflegung von 1 bis 50 Mann je 1,80 Mk. für einen Tag, von 51 bis 200 Mann je 1,70 Mk. für einen Tag und von mehr als 200 Mann je 1,60 Mk. für einen Tag betragen. Der stellvertretende Kriegsminister, der Bundesminister und der Staatssekretär des Innern sind ersucht worden, im Interesse der Industrie die Verpflegungssätze sobald wie möglich auf die angegebenen Zahlen zu erhöhen.“ Diese Notiz sowie die erwähnte Eingabe an die Regierung enthalten ein wichtiges Fragezeichen. Es wird darin gesagt, daß die tatsächlichen Subventionen für die Verpflegung eines Kriegsgesangenen 1,80 Mk. täglich betragen, wenn nicht mehr als 50 Gefangene gleichzeitig verpflegt werden können. Damit ist eine außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltung von den Unternehmern ausdrücklich anerkannt. Zunächst aber haben die Herren so etwas wie ein Erlösgruppenamt festgestellt. Wir dürfen doch wohl erwarten, daß die Unternehmer ihren Arbeitern nicht zuzinsen werden, mit weniger pro Tag auszukommen, also sich schlechter zu ernähren, als die Kriegsgesangenen ernährt werden. 1,80 Mk. pro Kopf muß also jeder Arbeiter für seine Ernährung allerhand verdienen dürfen! Es wird auch zu hoffen sein, jeder einträgliche Unternehmer anzugehen, daß die Arbeit des Arbeiters für ihre Ernährung mindestens den gleichen Betrag haben muß, der für einen Kriegsgesangenen aufwendet wird, also ebenfalls 1,80 Mk. pro Tag. Für die großen und kleinen wird man eigentlich nicht viel weniger einsetzen können. Wer das

jedoch schwerer zu bemessen ist, wollen wir für jedes Kind nur durch durchschnittlich die Hälfte, also 90 Pf. pro Tag, als Ernährungslohn ansetzen. Eigentlich müssten ja alle diese Summen etwas nach oben abgerundet werden, denn die Familie kann nicht so im grechen und deshalb nicht so billig einkaufen wie der Unternehmer, der 30 Gefangene beschäftigen muß. Doch lassen wir es bei den von den Unternehmern als Mindestbetrag ausgerechneten Summen und stellen wir danach ein Exemplar auf, um zu ermitteln, was denn nun heute eine Familie zur Ernährung braucht. Wir nehmen die deutsche Durchschnittsfamilie, die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Diese hätte dann für die Ernährung aufzuwenden pro Woche:

Für den Mann . . . 7 x 1,80 M. = 12,60 M.  
 Für die Frau . . . 7 x 1,80 M. = 12,60 M.  
 Für drei Kinder . 3 x 7 x 0,90 M. = 18,90 M.

Für die Familie pro Woche 44,10 M.

Vierundvierzig Mark und zehn Pfennig pro Woche allein für die Ernährung! Und das bei Beschränkung auf das Allernötigste, bei Vermeidung aller überflüssigen Ausgaben! Denn die Ernährung der Kriegsgefangenen ist Beschränkung auf das Nötigste unter Ausnutzung aller Ausgaben für Genussmittel. Deshalb ist es gewiß auch nicht zuviel verlangt, wenn wir für die Ernährung der Arbeiterklasse allermindestens den Betrag als Kosten ansetzen, den die Unternehmer für die Befolgung der Kriegsgefangenen fordern. Diese Rechnung für Arbeiter wird sicher vielfache Zustimmung finden.

Die erfreuliche Zunahme neuer Versicherungsanträge, die die „Vollstuförger“ schon für die Monate Januar und Februar bezeichnen konnte, hat sich im März noch gesteigert. Es wurden 2282 neue Anträge eingebracht, davon für Kapitalversicherungen 2016 mit 183.151 M. Versicherungssumme und 266 für Sparversicherungen. Im März 1915 waren 1016 Anträge zu erledigen. — Es ist zu beachten, daß überall wo die Organisationen daran gegangen sind, die Arbeitgeber aufzunehmen, sie auch Erfolge hatten, und die Gewissheit besteht, daß das Bedürfnis, durch Lebensversicherungen für die Angehörigen zu sorgen, in der weitesten Arbeiterschaft vorhanden ist.

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

„Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?“ ist der Titel einer vom Gewerksamen verfaßten, im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger (G. m. b. H., Berlin SW. 6), erschienenen Broschüre zum Preise von 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf. Inhalt: Keine Verbrauchssteuer. — Arbeiterinteressen und Steuerprinzipien. — Steuerprobleme 1. Teil. — Steuerprobleme 2. Teil. — Staatsmonopole oder neue Steuern? 1. Teil. — Staatsmonopole oder neue Steuern? 2. Teil. — Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten 1. Teil. — Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten 2. Teil. — Sodann die Monopolfrage. Zu beziehen ist die Schrift durch jede Buchhandlung sowie direkt vom Verlag.

„Die Glode“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Parvus (Berlag zur Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene erste Heft des zweiten Jahrgangs dieser nun als Wochenchrift herausgegebenen aktuellen Zeitschrift enthält folgende Artikel: H. G.: Ein neuer Abkämmling; Dr. Paul Lench: Das Ständelied des 4. August; August Winiak: Belgische Jugend; Rechtsanwalt Dr. Verbeim, München: Rechtsanwaltschaft; Parvus: Ein Gespräch zur Kriegszeit; Parvus: Einbeit der Partei! — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 M. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

„Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.“ Von diesem von der Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger (G. m. b. H., Berlin SW. 6), verlegten Führer ist soeben eine neue verbesserte Auflage erschienen. Sie berücksichtigt die inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen der in Betracht kommenden Gesetze, insbesondere die Bekanntmachung vom 21. Januar 1915, die den Kreis der Untersuchungsberechtigten ausdehnt, die Anordnung über besondere Zuwendungen an Kriegerverwunden und -waisen und die Bekanntmachung vom 23. Dezember 1915 über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die überschichtliche Anordnung des Stoffes legt jeder in die Lage, sich ohne viel Mühe über jede einschlägige Frage zu unterrichten. Preis der Broschüre 30 Pf.

„Testamente zum Weltkrieg.“ Herausgegeben von Eduard Vernehn Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger (G. m. b. H., Berlin SW. 6). Seit dieser Sammlung ist soeben „Das deutsche Reichbuch II“ (Organisationsheft) 1. Teil erschienen. Preis 50 Pf. Es enthält die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Nachträge. In Kürze wird auch der 2. Teil dieses Organisationshefts erscheinen. — In dieser Serie sind bisher erschienen: Das deutsche Reichbuch — Das englische Reichbuch 1. Teil. — Das englische Reichbuch 2. Teil. — Das russische Reichbuch. — Das belarische Reichbuch. — Das belarische Reichbuch 1. Teil. — Das belarische Reichbuch 2. Teil. — Das belarische Reichbuch 3. Teil. — Österreichisches Reichbuch. — Das Reichbuch Italiens 1. Teil. — Das Reichbuch Italiens 2. Teil. — Das serbische Reichbuch.

**Schein und Wirklichkeit.**

So manchmal werd' ich irre an der Stunde,  
 An Tag und Jahr, ach, an der ganzen Zeit.  
 Es gärt und tobt, doch mitten auf dem Grunde  
 Ist es so still, so kalt, so zugeschnitten!  
 Habt ihr euch auf ein neues Jahr gefreut,  
 Die Zukunft preisend mit bereitem Munde?  
 Es rollt heran und schleudert, o wie weit!  
 Euch rückwärts. — Ihr verfinst im alten Schlunde.  
 Doch kann ich nie die Hoffnung ganz verlieren,  
 Sind auch noch viele Nächte zu durchträumen,  
 Zu schlafen, zu durchwachen, zu durchstrieren!  
 So wahr ersürnte Wasser müssen schäumen,  
 Muß, ob der tiefsten Nacht, Tag triumphieren,  
 Und sich: Schon bricht es rot aus Vollenräumen.  
 Gottfried Keller.

◆ **Briefkasten** ◆

Zur gefl. Beachtung! Nr. 17 der „Gewerkschaft“ (Ausgabe vom 28. April) erscheint wie alljährlich als

**Mai- und Agitationsnummer**

in besonderer Ausgestaltung.

Mehrbestellungen zur Agitation — die gegenwärtig recht notwendig erscheint — sind spätestens bis zum 22. April d. J. an die Expedition zu richten. Nachbestellungen können diesmal keine Berücksichtigung finden. Die Redaktion.

**Totenliste des Verbandes.**

- |  |  |
|--|--|
| <b>Heinr. Baumann, Hamburg</b><br>Straßenreinigung<br>† 18. 8. 1915, 57 Jahre alt.           | <b>Josef Michalek, Hamburg</b><br>Gaswerl 2<br>† 28. 3. 1916, 28 Jahre alt.              |
| <b>Karl Gebauer, Nengersdorf</b><br>Gemeindearb. (Straßenbau)<br>† 2. 4. 1916, 67 Jahre alt. | <b>Otto Müller, Dresden</b><br>Gaswerl<br>† 6. 4. 1916, 72 Jahre alt.                    |
| <b>Emil Gramkau, Hamburg</b><br>Friedhof<br>† 24. 3. 1916, 49 Jahre alt.                     | <b>Christian Otto, Winden i. W.</b><br>Straßenreiner<br>† 5. 4. 1916, 69 Jahre alt.      |
| <b>Franz Grunhke, Charlbg.</b><br>Gasarbeiter<br>† 28. 8. 1916, 62 Jahre alt.                | <b>Johann Nietchel, Dresden</b><br>Arbeiter (Tiefbauamt)<br>† 26. 3. 1916, 60 Jahre alt. |
| <b>Felix Kühn, Weimar</b><br>Arbeiter (Städtische Abfuhr)<br>† 8. 3. 1916, 28 Jahre alt.     | <b>Paul Rückward, Berlin</b><br>Straßenreiner<br>† 1. 4. 1916, 36 Jahre alt.             |
| <b>Joh. Magnanion, Hamburg</b><br>Pensionär<br>† 31. 8. 1916, 68 Jahre alt.                  | <b>Otto Schreiber, Gera</b><br>Straßenreinigung<br>† 2. 4. 1916, 53 Jahre alt.           |



**Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:**

- |  |   |
|--|---|
| <b>Jean Jäger, Darmstadt</b><br>Maschinist, im Alter von 29 Jahren im Westen gefallen.         | <b>August Schilling, Bayreuth</b><br>am 28. September 1915 im Alter von 36 Jahren gefallen. |
| <b>Felix Kühn, Weimar</b><br>am 8. März 1916 gefallen.   | <b>A. Schwerdfeger, Hamburg</b><br>am 29. März 1916 im Alter von 42 Jahren gefallen.        |
| <b>Wilhelm Hock, Darmstadt</b><br>am 26. Februar 1916 im Alter von 39 Jahren gefallen.         | <b>Otto Weder, Zittau</b><br>am 12. März 1916 im Alter von 27 Jahren gefallen.              |
| <b>Johann Schemen, Berlin</b><br>Gasarbeiter, am 25. März 1916 im Alter v. 35 Jahren gefallen. | <b>G. Wolkmer, Hamburg</b><br>am 2. Februar 1915 im Alter von 34 Jahren gefallen.           |

**Ehre ihrem Andenken!**

Verlag. In Vertretung des Verbandes der Gewerksamen und Arbeitervereine G. m. b. H., Berlin SW. 6, unterzeichnet: Dr. Eduard Vernehn, Vorsitzender und Schriftführer Paul Zinger & Co., Berlin SW. 6, Lindenstr. 3.